



Jahresbericht 2013

Inhalt

1. Carte Blanche des Präsidenten: Ist soziale Innovation eine Lösung für die Zukunft der Sozialpolitik? (Jean-Michel Bonvin)	2
2. Carte Blanche des Vize-Präsidenten: Krankschreiben hilft niemandem (Andreas Dummermuth)	4
3. Veranstaltungen der SVSP im Jahr 2013	6
3.1 Blickpunkt Kind – Anforderungen an die Sozialhilfe	6
3.2 Akutgeriatrie: Grenzen überwinden.....	6
3.3 Sozialstaat: Standortvorteil für die Schweiz?	6
4. Wörterbuch zur Sozialpolitik	7
5. Publikation zum Sozialinvestitionsstaat	7
6. Information	7
6.1 Webseite	7
6.2 Mitgliederbriefe und Newsletter	8
7. Organisation	8
7.1 Vorstand.....	8
7.2 Geschäftsstelle	9
7.3 Mitgliederbestand	9

1. Carte Blanche des Präsidenten: Ist soziale Innovation eine Lösung für die Zukunft der Sozialpolitik?

Von allen Seiten wird der Ruf nach Reformen in der sozialen Sicherheit laut. Für die einen ist diese zu teuer und muss ihre Leistungen senken, wodurch auch Abhängigkeiten oder Armutsfallen für die Leistungsbeziehenden vermieden werden können. Andere erkennen neue soziale Risiken, insbesondere aufgrund der Alterung der Bevölkerung, der wirtschaftlichen und finanziellen Globalisierung und dem sich daraus ergebenden Wettbewerbsdruck, der Vielfalt der Familienformen usw. Diese neuen sozialen Risiken führen ihrer Meinung nach einerseits zu einer Zunahme der Anzahl Leistungsbeziehenden und andererseits zu einer Individualisierung der Lebenswege dieser Leistungsbeziehenden. Damit wird es schwieriger, diese in die Kategorien der klassischen sozialen Risiken einzuteilen, und es ist notwendig, sozialpolitische Lösungen und individualisierte, massgeschneiderte Massnahmen zu finden. Angesichts dieser doppelten Herausforderung – Kostensteigerung und Individualisierung der Lebensläufe – und der damit verbundenen Risiken, müssen neue Lösungen gefunden werden, die sowohl effizienter und rationeller (weil sie es ermöglichen, mit weniger mehr zu tun) als auch besser auf die individuellen Umstände der Beziehenden abgestimmt sind. Der Ruf nach Innovation steht deshalb im Zentrum der aktuellen sozialpolitischen Debatten. Es geht darum, die gewohnten, von den klassischen Sozialversicherungen geprägten, sozialpolitischen Pfade zu verlassen, und innovative, neue Wege zu finden. Im Zentrum stehen dabei, wie gesagt, die finanzielle Machbarkeit und die Fähigkeit der Sozialpolitik, die neuen sozialen Risiken aufzufangen.

Innovation kann verschiedene Formen annehmen, je nachdem, ob sie das interne Funktionieren des Sozialstaates oder die Mobilisierung externer Akteure (Unternehmen aus dem Privatsektor, Verbände, Leistungsbeziehende) betrifft. In Bezug auf den Sozialstaat kann Innovation die vermehrte Anwendung von Prinzipien der Privatwirtschaft (managerialism) bedeuten und Verschwendungen ins Visier nehmen. Die Innovation ist auch den finanziellen Zielen, einem ausgewogenen Budget oder Kostenbegrenzungen verpflichtet, wenn sie die Grundsätze des New Public Management anwendet. Dabei werden also Formen von organisatorischer Innovation zu Hilfe genommen, um Abläufe zu rationalisieren. Hier wird Innovation unter dem Gesichtspunkt der Effizienz betrieben: Es geht darum, Mittel und Wege zu finden, um die Kosten zu senken und dabei die Qualität der Leistungen so weit wie möglich zu wahren (zumindest, wenn eine minimale Qualitätsgrenze garantiert wird). Aber Innovation kann auch expansivere Formen annehmen, zum Beispiel im Rahmen von sozialen Investitionen: Hier geht es darum, neue sozialpolitische Lösungen zu entwickeln, die zwar mehr Ausgaben verursachen, aber einen Return on Investment generieren. Hier bedeutet Innovation, neue Programme (aktive arbeitsmarktliche Massnahmen, Ausbildung usw.) zu entwickeln, welche die Arbeitsmarktchancen und die Produktivität der Beziehenden steigern, so dass diese dann zur Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und damit zum nationalen Wohlstand beitragen können.

Wenn soziale Innovation im Bereich der Mobilisierung externer Akteure genutzt wird, kann sie einerseits Top-down stattfinden, das heisst, sie wird von oben eingeleitet und muss deshalb in ein von den Geldgebern aufgezwungenes Format passen. In solchen Fällen kann der Begriff «Innovation» als rhetorischer Kunstgriff wirken, um (für ihr Überleben auf öffentliche Gelder angewiesene) Akteure der Zivilgesellschaft für Ziele zu mobilisieren, die vom Staat definiert werden. Dies ist oft der Fall bei öffentlichen Ausschreibungen, wo die Innovationsfähigkeit sich nicht frei entfalten kann, sondern in einen von der Staatsmacht vorgegebenen Rahmen passen muss. Unter solchen Bedingungen dient die Innovation nicht dazu, neue Bedürfnisse zu ermitteln oder neue, den individuellen Lebenslagen besser angepasste Leistungen zu entwickeln, sondern effizientere Wege zu finden, um die von den öffentlichen Geldgebern festgelegten Ziele zu erreichen. Im Gegensatz dazu kann die soziale Innovation auch nach einem Bottom-up-Modell erfolgen, wo die lokalen Akteure – seien es öffentliche Angestellte, Verbände oder Beziehende von sozialpolitischen Leistungen – selber festlegen, auf welche

Probleme eine Antwort gefunden werden muss (dabei werden manchmal auch neue soziale Probleme identifiziert und auf die politische Agenda gesetzt) und Lösungen ausarbeiten, die ihnen für die ermittelten Bedürfnisse am besten geeignet scheinen. In diesem Fall öffnet die soziale Innovation den Weg zu einer partizipativen Sozialpolitik.

Der Ruf nach Innovation im Bereich der Sozialpolitik ist deshalb grundsätzlich ambivalent: Innovation kann der Kostenbegrenzung oder expansiveren Zielen dienen; sie kann von oben eingeleitet werden oder aus der Mobilisierung der Zivilgesellschaft entstehen. Angesichts dieser Fülle von Praktiken, die das Etikett «Innovation» für sich in Anspruch nehmen, ist Vorsicht geboten. Nicht alles Neue ist zwangsläufig gleichbedeutend mit einer qualitativen Verbesserung der sozialen Sicherheit. Es gilt deshalb genauer hinzuschauen und zu unterscheiden zwischen organisatorischer Innovation, die auf eine bessere Qualität der Organisationen abzielt (Effizienz, Sparfähigkeit usw.) und sozialer Innovation, welche die Qualität der Dienstleistungen steigern will. Die beiden Formen können deckungsgleich sein, müssen aber nicht. Im Zweifelsfall sollte die soziale Innovation der organisatorischen Innovation immer vorgehen. Und es gilt nicht zu vergessen, dass auch bestehende Lösungen durchaus ihren Wert haben, und dass das ungezügelte Streben nach Innovation bisweilen kontraproduktiv sein kann...

Jean-Michel Bonvin, Präsident SVSP

2. Carte Blanche des Vize-Präsidenten: Krankschreiben hilft niemandem

Kennen Sie die englische Rheumatologin Carol Black? Sie hat im Vereinigten Königreich etwas bewirkt, das wir auch in der Schweiz dringend brauchen. Einen Paradigmenwechsel von Arbeitsunfähigkeit zu Arbeitsfähigkeit. Aber beginnen wir zuerst mit einem Blick auf die Schweiz.

Die Schweiz hat eines der teuersten Gesundheitswesen der Welt. Die Leistungspalette der obligatorischen Krankenversicherung (KVG) ist sehr breit. Auch alternative Heilmethoden sind bei uns im Grundpaket erhalten. Ein dichtes Netz an Leistungsbringern aller Art spannt sich über alle Regionen der Schweiz. Die sehr gute medizinische Versorgung ist ein wichtiger Mitgrund für die ständig steigende Lebenserwartung. Für hohe Krankenkassenprämien erhalten wir auch ein hohes Alter. Das ist gut so. Aber das darf man in der Schweiz auch erwarten. Man stelle sich das Gegenteil vor.

Erklärtes Ziel: Eingliederung vor Rente

Erschrocken musste die Schweiz vor rund zwölf Jahren feststellen, dass bei der Invalidenversicherung (IV) eine Rentenexplosion stattfand. Bundesrat, Parlament und auch das Stimmvolk gaben Gegensteuer und änderten die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Weniger Neurenten (sparen) und mehr Eingliederung (investieren), so können die beiden Kernzielsetzungen in aller Verkürzung skizziert werden. Begleitet wurde dieser Paradigmenwechsel durch eine von Volk und Ständen gewährte befristete Zusatzfinanzierung für ein Sozialwerk mit einem 15 Milliarden-Defizit. Die kantonalen IV-Stellen haben den Ball aufgenommen. Die Neurenten sind von 2003 bis 2012 um 48 Prozent gesunken. Die Eingliederung konnte - vor allem auch mit Unterstützung der KMU - verbessert und verstärkt werden. Die finanziellen Folgen für die 1. und die 2. Säule sind eindeutig positiv. Es gibt weniger neue Rentenfälle und tiefere Kosten. Vor allem aber haben Menschen mit gesundheitlichen Problemen heute bessere Chancen, um wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert zu werden. Eine grosse Herausforderung, die aber Schritt für Schritt umgesetzt wird. Die IV-Stellen haben im Jahr 2013 schweizweit fast 18'000 Menschen mit Behinderung beruflich integriert. Nicht in jedem Fall klappt es, aber immer häufiger.

Noch immer viele Neurenten

Jubeln darf aber niemand. Immer noch berenten die IV-Stellen jedes Jahr knapp 17'000 Personen und somit eine Stadt wie Olten, Thalwil oder Bellinzona. Und das Jahr für Jahr. Rund 44 Prozent aller Neurenten werden aufgrund von psychischen Gesundheitsproblemen gesprochen. Diese Fälle zeigen sich in den Statistiken der IV-Stellen und Vorsorgeeinrichtungen der 2. Säule. Die Verweildauer im Rentensystem beträgt durchschnittlich rund 13 Jahre. Zudem benötigen permanent über 40 Prozent aller IV-Rentenbezüger noch steuerfinanzierte Ergänzungsleistungen zur IV. Es ist klar: Aus sozial- und finanzpolitischen Gründen müssen unnötige Renten verhindert werden. Das ist möglich, wenn man die Akteure dazu befähigt, Menschen mit gesundheitlichen Problemen früher und besser zu helfen.

Blindflug Absenzwesen

Die statistisch erfassten Renten sind aber nur die Spitze des Eisberges. Erschreckend ist der statistisch nicht greifbare Sockel an gesundheitlich bedingten Absenzen in der Arbeitswelt. Weil es in der Schweiz keine obligatorische Taggeldversicherung gibt, haben wir hier einen Erkenntnismangel. Jedes KMU hat zwar eine gesetzliche Lohnfortzahlungspflicht, aber es besteht kein Meldewesen. Das ist auch nicht notwendig. Notwendig wäre aber dringend, dass die Akteure der Gesundheitsindustrie zu Meldungen über Langzeitkrankheiten verpflichtet würden. Die Absenzen vom letzten Arbeitstag bis zum ersten Rententag sind - mit Ausnahme der Berufsunfälle - nicht statistisch erfasst. Es wird geschätzt, dass im Jahr 2012 rund 128 Millionen Arbeitsstunden wegen Krankheit ausgefallen sind. Rechnet man mit einem Stundenlohn von 30 Franken, entstehen jährliche Kosten von etwa 3.8 Milliarden Franken. Nun kommt hinzu, dass die berühmt-berüchtigten blauen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen in

der Schweiz nicht über das KVG abgerechnet werden. Sie können deshalb auch nicht statistisch erfasst werden. Und schon gar nicht ausgewertet. Die Schweiz als Heimatstaat des Buchhalters Nötzli leistet sich hier einen sozial- und finanzpolitischen Blindflug.

Paradigmenwechsel in England

Anders als der Schweizer Nötzli handelte die Engländerin Carol Black. Sie hat als Beraterin der englischen Regierung etwas Epochales erreicht: Aus den Arbeitsunfähigkeitszeugnissen („sick note“) wurden ab dem 6. April 2010 Arbeitsfähigkeitszeugnisse („fit note“). Die behandelnden Ärztinnen und Ärzte geben damit bestmöglich an, was der Patient noch kann. Carol Black hat damit zu einer nachhaltigen Veränderung der Wahrnehmung von Krankheiten bei der Ärzteschaft und den Unternehmen beigetragen. Ja, Kranke sollen nicht zurück zur Arbeit bevor sie gesund sind. Oft aber ist eine teilweise Arbeitsfähigkeit vorhanden und diese soll gezielt genutzt werden.

Auch in der Schweiz wäre der Ansatz von Carol Black einfach umsetzbar. Die Krankenkassen müssten den Medizinern die ‚fit note‘ vergüten; die Arbeitgeber müssten ihre Lohnfortzahlung an die ‚fit note‘ koppeln. Dafür braucht es ‚nur‘ eine zentrale Änderung des TARMED und eine dezentrale Änderung der Arbeitsvertragsregelung. Schneller und billiger geht’s nimmer. Wenn man will. Wenn man nicht will, trifft man auch einen Entscheid. Für den milliardenteuren Status quo.

Frau Black darf man heute übrigens mit Dame Carol ansprechen. Sie wurde von Königin Elizabeth II. für ihre Verdienste geadelt. Zum Glück leben wir in einer Republik mit einer langen Tradition des Ordensverbotes. Aber leicht verneigen dürfen wir uns dennoch vor Dame Carol. Aus Respekt für diesen grossen volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Fortschritt. Sie hat das Momentum gefunden, um in Grossbritannien den Status quo ins Rutschen zu bringen. Wenn in der Schweiz ein Fünftel der heutigen Arbeitsunfähigkeits-Zettel verhindert werden können, entspricht das knapp 800 Millionen Franken im Jahr. Damit haben wir genug Geld, um den Angestellten gezielt zu helfen, nachhaltig gesund am Arbeitsplatz zu bleiben. Es ist keine Frage des Sparens, sondern eine Frage, wo das Geld eingesetzt wird. Carol Black hat sich für eine konsequente ‚back to work‘-Strategie entschieden. Und was machen wir in der Schweiz?

Andreas Dummermuth, Vizepräsident SVSP

3. Veranstaltungen der SVSP im Jahr 2013

3.1 Blickpunkt Kind – Anforderungen an die Sozialhilfe

Biel, 07. März 2013, Nationale Tagung der SKOS in Kooperation mit der ARTIAS und der SVSP.

An der diesjährigen Bieler Tagung, die von der SKOS in Kooperation mit der SVSP organisiert wird, wurde das Kind in den Mittelpunkt gestellt. In der Sozialhilfe herrscht Einigkeit, dass der Kinderarmut wenn immer möglich frühzeitig und nachhaltig begegnet werden soll. Als Teil einer Unterstützungseinheit treten Kinder auf dem Sozialdienst jedoch selten in Erscheinung. Die Tagung ist deshalb der Frage nachgegangen, ob die Sozialhilfe ihren Anspruch auf Berücksichtigung des Kindeswohls wirklich einlöst und welche Möglichkeiten es gibt, um die Integration und Chancengleichheit von Kindern gezielt zu fördern. Am Vormittag wurden einige Facts und Figures zu Kindern in der Sozialhilfe präsentiert, bevor Heidi Simoni vom Marie Meierhofer-Institut für das Kind einige Befunde und Anliegen zur Berücksichtigung von Kindern in der Sozialhilfe dargelegt hat. Anschliessend haben verschiedene Vertreterinnen und Vertreter aus der Praxis der Sozialhilfe geschildert, wie in ihrem Kanton bzw. ihrer Stadt Kinder in der Sozialhilfe wahrgenommen und eingebunden werden. Zum Abschluss des Morgens hat Monique Jametti-Greiner, die Vizedirektorin des Bundesamts für Justiz das Gesetzesprojekt zur Neuregelung des Unterhaltsrechts vorgestellt. Am Nachmittag wurde ein Vielfalt von Workshops angeboten, die von der Frühförderung, über die Schulsozialarbeit bis zu Gesundheitsdiensten verschiedene Bereiche thematisierten, die für die Sozialhilfe und ihre jüngste Klientel von Bedeutung sind. Die Tagung wurde von rund 200 Personen besucht.

3.2 Akutgeriatrie: Grenzen überwinden

13. Zürcher Geriatrieforum Waid, 6. September 2013 in Zürich, Tagung des Gesundheits- und Umweltdepartement unter dem Patronat der Schweizerischen Gesellschaft für Gesundheitspolitik, der Schweizerischen Fachgesellschaft für Geriatrie und der SVSP.

2013 konnte die Klinik für Akutgeriatrie des Stadtspitals Waid ihr zehnjähriges Jubiläum feiern. Aus diesem aktuellen Anlass hat sich das diesjährige Geriatrieforum mit den Grenzen der Akutgeriatrie auseinandergesetzt. Ein Rückblick in die Schweizer Geriatriegeschichte, der aktuelle Stand der Geriatrie sowie Ausblicke in die Altersmedizin der Zukunft ergänzt mit Fallbeispielen aus der Praxis bildeten das Programm. Aus sozialpolitischer Sicht ist Geriatrie ein Bereich der Alterspolitik, der aus sozialpolitischer Perspektive ein sehr vielfältiges und aktuelles Politikfeld darstellt.

3.3 Sozialstaat: Standortvorteil für die Schweiz?

Bern, 19. September 2013, Jahrestagung der SVSP in Kooperation mit der FHNW, der HES-SO, der ZHAW und der SAGW.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise dauert in Europa und den USA bereits seit mehreren Jahren an und stellt die Systeme der sozialen Sicherheit vor grosse Herausforderungen. Der Einfluss der Krise auf die Regimes der sozialen Sicherheit fällt, je nach Land und Bereich der sozialen Sicherheit, sehr unterschiedlich aus. Gerade auch für die Schweiz, in der sich die internationale Finanzkrise bisher noch nicht als tiefgreifende Wirtschaftskrise gezeigt hat, stellt sich die Frage, ob denn eben nicht gerade die soziale Sicherheit eine wichtige Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg ist. Die Jahrestagung 2013 der SVSP ist dieser Frage nachgegangen. Am Morgen wurde in die Thematik eingeführt mit Referaten zur internationalen, nationalen und kantonalen Sozialpolitik. Gesprochen haben Giuliano Bonoli (Prof. IDHEAP), Jürg Brechbühl (Direktor Bundesamt für Sozialversicherungen), Anne-Claude Demierre (Staatsratspräsidentin und Vorstandsmitglied SODK), Beat Baumann (Ökonom Unia), Boris Zürcher (Leiter Direktion

Arbeit, SECO). Am Nachmittag wurden in drei Workshops konkrete Entwicklungen der letzten Jahre in der Generationen-, der Migrations- und der Arbeitsmarktpolitik beleuchtet. Abschliessend wurden die Ergebnisse von Arbeitgeber- und Gewerkschaftsseite kommentiert. Die Tagung wurde von rund 70 Personen besucht.



Boris Zürcher (SECO) stellt die Frage nach dem Erfolg des schweizerischen Sozialmodells.

4. Wörterbuch zur Sozialpolitik

Der Vorstand hat 2013 an der Konzeption einer Neuauflage der deutsch- und französischsprachigen Fassung des Wörterbuchs der Sozialpolitik gearbeitet. Geplant ist eine totale Überarbeitung dieser beiden Werke, die die SVSP herausgegeben hat. 2014 können die Umsetzungsarbeiten für die Neuauflage an die Hand genommen werden. Erfreulicherweise konnte ein Grossteil der Finanzierung über die Zusammenarbeit des nationalen Forschungsschwerpunkt (NFS) LIVES und der HES-SO gesichert werden. So kann die HES-SO per Anfang 2014 eine Person anstellen, die sich unter anderem auch um die Koordination der Arbeiten am Wörterbuch kümmern wird.

5. Publikation zum Sozialinvestitionsstaat

Das Manuskript für diese schon seit 2010 geplante Publikation konnte dieses Jahr fertig gestellt werden, so dass das Buch mit Beiträgen unter anderen von Gosta Esping-Andersen, Giuliano Bonoli, Eva Nadai, Claudia Kaufmann, Hans-Uwe Otto und Jean-Pierre Tabin 2014 publiziert werden kann. Es ist vorgesehen, dass für die Finanzierung der Publikation ein Antrag bei LIVES (nationaler Forschungsschwerpunkt) eingereicht wird.

6. Information

6.1 Webseite

Die 2012 neu aufgeschaltete Webseite hat sich bewährt. Mit sechs aktuellen Meldungen konnte rund jeden zweiten Monat eine aktuelle Neuigkeit aus der SVSP präsentiert werden.

6.2 Mitgliederbriefe und Newsletter

Die SVSP informiert ihre Mitglieder und weitere Interessierte regelmässig über Veranstaltungen oder Publikationen. Dazu werden Mitgliederbriefe und elektronische Newsletter in Deutsch und Französisch versendet. Im Jahr 2013 hat die SVSP die Mailadressen ihrer Mitglieder erfasst, soweit dies möglich war, und erstmals die Einladungen zur GV auf elektronischem Weg verschickt. Wer keine Mailadresse angegeben hat, wird weiterhin per Brief informiert. Insgesamt wurden 2013 drei Mitgliederbriefe und vier Newsletter verschickt.

7. Organisation

7.1 Vorstand

Der Vorstand des SVSP ist ehrenamtlich tätig. Mit grossem Einsatz und viel Idealismus setzen sich die Vorstandsmitglieder ein, dass jährlich ein anregendes und vielfältiges Programm angeboten werden kann. Dieses Jahr gab es einige Veränderungen im Vorstand. An der Generalversammlung im September haben Roland Müller und Esteban Pinero den Vorstand verlassen. Als neue Mitglieder wurden Stéphane Beuchat, Martin Kaiser und Carlo Knöpfel in den Vorstand gewählt.

Name/Vorname	Funktion und Tätigkeit
Bonvin Jean-Michel (Präsident)	Professor HES-SO, Ecole d'études sociales et pédagogiques, Lausanne
Dummermuth Andreas (Vize-Präsident)	Direktor Ausgleichskasse Schwyz, Schwyz
Beuchat Stéphane	Co-Geschäftsleiter Avenir Social
Bianchi Doris	Stellvertretende Leiterin des Sekretariats des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Fragnière Jean-Pierre	Professor emerit., Universität Genf und HES-SO, ehemaliger wissenschaftlicher Direktor INAG
Hugentobler Valérie	Professorin, HES-SO, Ecole d'études sociales et pédagogiques, Lausanne
Kaiser Martin	Mitglied der Geschäftsleitung Schweiz. Arbeitgeberverband, Ressort Sozialpolitik und Sozialversicherungen
Knöpfel Carlo	Professor, FHNW - Hochschule für Soziale Arbeit, Institut Sozialplanung und Stadtentwicklung
Knupfer Caroline	Verantwortliche Sozialpolitik im Generalsekretariat des Departements für Gesundheit und Soziales Kanton Waadt
Kuert Killer Matthias	Leiter Sozialpolitik bei Travail Suisse
Strohmeier Navarro Smith Rahel	Dozentin an der Hochschule für angewandte Wissenschaften, ZHAW, Departement soziale Arbeit, Zürich
Tecklenburg Ueli	Ehemaliger Geschäftsführer SKOS
Wächter Matthias	Senior Researcher an der Hochschule Luzern – Wirtschaft
Weber-Gobet Marie-Thérèse	Bereichsleiterin Sozialpolitik Procap Schweiz, ehemalige Nationalrätin

7.2 Geschäftsstelle

Nicht zuletzt dank der Professionalität der Mitarbeitenden der Geschäftsstelle konnten die für 2013 gesetzten Ziele erreicht werden. Auf der Geschäftsstelle haben sich in diesem Jahr keine Veränderungen ergeben.

Name/Vorname	Funktion bei der SVSP
Ehrler Franziska	Geschäftsführerin
Zwygart Denise	Stellvertretende Geschäftsführerin, Sekretariat
Caputo Marlis	Buchhaltung und Mitgliederverwaltung

7.3 Mitgliederbestand

Der Mitgliederbestand der SVSP hat in diesem Jahr um ein Mitglied zugenommen. Die SVSP verzeichnete im Jahr 2013 11 Eintritte (8 aus der Deutschschweiz und 3 aus der französischen Schweiz) und 10 Austritte (8 aus der Deutschschweiz und 2 aus der französischen Schweiz). Die SVSP zählt damit per 31.12.2013 insgesamt 240 Mitglieder (164 Einzelmitglieder und 76 Kollektivmitglieder).

Bern, 07.08.2014